

abzuschreiben

Geben Sie sich nicht so schnell mit der vorgeschriebenen steuerlichen Abschreibung für Wohnungen oder Gebäude von 2 oder 2,5 Prozent zufrieden. Können Sie durch ein Gutachten belegen, daß Ihre erworbene Immobilie keine 40 oder 50 Jahre mehr hält, können Sie schneller abschreiben, urteilte das Finanzgericht in Köln (Az.: 8 k 6294/95).

NACHRICHTEN UND BERICHTE Mehr Lebensmittelinfektionen

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat das Robert-Koch-Institut elf neue Erreger identifiziert. **4**

Forscher sind optimistisch

Die führenden deutschen Wirtschaftsforscher setzen auf eine konjunkturelle Erholung. **5**

GESUNDHEITSPOLITIK

Sorge um den Pflegeberuf

Auf „besorgniserregende Trends in der Pflege“ macht die CDU/CSU-Bundesfraktion aufmerksam. **6**

Sachsen sieht viel Sinn im RSA

Sachsens Gesundheitsminister Geisler glaubt, der Risikostrukturausgleich sei für die Kassen im Osten unerlässlich. **8**

MEDIZIN

Ein guter Kombi-Partner



Acarbose läßt sich gut mit anderen Antidiabetika kombinieren, weiß Professor Christoph Rosak. **12**

Hepatitis-A-Risiko durch Kinder

Bei Kindern verläuft eine Infektion mit Hepatitis-A-Viren meist asymptomatisch und wird so nicht erkannt. **13**

WIRTSCHAFT

Auf Rekordjagd



Das Pharma-Unternehmen Stada peilt für 2002 sein siebtes Rekordergebnis in Folge an. **18**

KULTUR UND GESELLSCHAFT

Fette und Kohlenhydrate

Die Göttinger Uniklinik lädt Diabetes-Patienten zum Büffet, um ihnen nachvollziehbare Ernährungstips zu geben. **19**

ÄRZTE & ZEITUNG Postfach 20 02 51
Verlagsgesellschaft mbH 63077 Offenbach

Leser-Service: Tel.: (061 02) 5060 Fax: (061 02) 5061 23
Redakt: info@aerztezeitung.de
Tel.: www.aerztezeitung.de
Fax: t: arztonline

B.B.
260914
ZB MED

Krankenkassen mit Patientendaten füttern?

Kassen und KBV streiten weiter über Datentransfer

BERLIN (hak). Niedergelassene Ärzte werden voraussichtlich mit der Entscheidung allein gelassen, ob sie Behandlungsdaten von Patienten in Disease-Management-Programmen (DMP) unverschüßelt an die Krankenkassen weitergeben sollen.

Das wäre die Konsequenz, wenn sich Kassen und KBV nicht auf eine bundeseinheitliche Lösung einigen können. Der Versuch beider Seiten, den Streit um den Datentransfer auf Bundesebene beizulegen, scheiterte am Montag.

Geprägt war der Konflikt von den grundsätzlich unterschiedlichen Intentionen, die Versicherer und ärztliche Selbstverwaltung mit den Behandlungsprogrammen verbinden. Die Kassen wollen Ärzte und Patienten steuern können.

Die KBV will dagegen die Prinzipien des Datenschutzes nicht einfach aufgeben. Montag in zwei Wochen wollen beide Seiten diesen Interessengegensatz am Beispiel einer konkreten Indikation noch einmal durchdeklinieren. Der wahrscheinlich letzte Versuch, die Umsetzung der DMP in einem Bundesmantelvertrag zu regeln.

Nicht geklärt ist außerdem die Frage, wie die Behandlungsprogramme bezahlt werden. Die KBV will eine außerbudgetäre Vergütung und eine Dokumentationspauschale durchsetzen.

Den Datentransfer zumindest könnte auch der Gesetzgeber regeln. Die entsprechende Rechtsverordnung steht noch aus. Bis Mitte Mai soll der Koordinierungsausschuß die Anforderungskriterien für die DMP formulieren.

Deutschland gilt als poliofrei

BERLIN (dpa). Polio gilt in Deutschland als ausgerottet. Im Juni soll dies von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) offiziell anerkannt werden, wie die Deutsche Vereinigung zur Bekämpfung der Viruskrankheiten (DVV) mitteilte. Bis Ende dieses Jahres könnte ganz Europa als poliofrei gelten. Nach den Plänen der WHO soll Kinderlähmung bis 2005 in allen Ländern ausgerottet sein. Weltweit ist die Zahl der gemeldeten Polio-Erkrankten nach WHO-Angaben durch Impfkampagnen von 350 000 im Jahr 1988 auf 537 im Jahr 2001 zurückgegangen.

Off-Label-Use fordert Ärzten unmögliche

Industrie plädiert für Übergangslösungen

BERLIN (HL). Das Bundesgesundheitsministerium müsse kurzfristig mit KBV und Krankenkassen eine Übergangslösung schaffen, die Ärzten den Einsatz von Arzneimitteln außerhalb der zugelassenen Indikation erlaubt. Das fordert der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) im Vorfeld zu Verhandlungen, zu denen das Ministerium für den 30. April die Spitzen der Ärzteschaft und Kassen eingeladen hat. Die Industrie ist dabei nicht vertreten.

Anlaß ist ein neues Gesetz, das die Grenzen von Arzneimitteln erweitert. Die Rechtsprechung sieht die Verunsicherung der Ärzte als Grund für die Aussetzung der Kennzeichnungspflicht. Die Industrie fordert demgegenüber Behördendrohungen ab.

Stammzell-Debatte droht er

Gesetzentwurf entspricht Grundsatzentscheidung des Bundestag

BERLIN (hak). In der Stammzell-Debatte ist im Gesetzgebungsverfahren durch Änderungsanträge von Forschungsbefürwortern und -kritikern wiederum Streit programmiert.

Dabei ist die Grundsatzentscheidung schon lange gefallen. Ende Januar hatte der Bundestag beschlossen, den Import menschlicher embryonaler Stammzellen

(ES-Zellen) zu Forschungszwecken nur unter strengen Auflagen zu erlauben. Im Gesetzentwurf, über den der Bundestag morgen entscheidet, werden diese Kriterien formuliert: Die Zellen müssen aus Kulturen stammen, die vor dem 1. Januar 2002 erzeugt worden sind. Wissenschaftler, die ES-Zellen importieren wollen, müssen nachweisen, daß ihr Forschungsvorhaben „hochrangig“

ist. Über die Entscheidung auf Grund derer Ethiker setzt haben diese Kritiker ein Embryonen wird aber nicht vollzogen, schon besch. Trotzdem

Zwölf Kin
Weltmeer

Kusc

ST. PETER
scheln ge
neues Ko
ten autog
Kureinric
St. Peter-
gen mit g
dem Bod